



Parlament
Österreich

Untersuchungsausschuss

betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der
Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven
zweckwidrig verwendet wurden
(Rot-blauer-Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss)

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 13. März 2024

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Gesamtdauer der 4. Sitzung

10.22 Uhr – 19 Uhr

Erwin Schrödinger – Lokal 1

www.parlament.gv.at



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 2

Befragung der Auskunftsperson Dr. Michael Neugebauer

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Dann darf ich die Auskunftsperson, Dr. Michael Neugebauer, herzlich begrüßen, ebenso seine Vertrauensperson Mag. Martin Huemer.

Ich gehe natürlich davon aus, dass die Datenblätter, die Sie ausgefüllt haben, korrekt sind und möchte Sie, Herr Dr. Neugebauer, wie folgt belehren: Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden, als Auskunftsperson zu den Themen Inseratenschaltungen und Medienkooperationsvereinbarungen, Umfragen, Gutachten und Studien, Beauftragung von Werbeagenturen sowie Betrauung von Personen mit der Leitung oder stellvertretenden Leitung von Organisationseinheiten in der Bundesverwaltung samt Staatsanwaltschaften und ausgegliederten Rechtsträgern, Inhalt und Status staatsanwaltschaftlichen Handelns im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, Beauftragung von Gutachten und Studien sowie Vergabe von Beratungsdienstleistungen durch Staatsanwaltschaften und Oberstaatsanwaltschaften betreffend Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten, und auf diese schriftliche Belehrung weise ich Sie nochmals hin. Sie sind verpflichtet, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs.3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der mit der Ladung zugestellten schriftlichen Belehrung entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung sind anzugeben und wären über Verlangen glaubhaft zu machen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 3

Auch weise ich Sie auf die bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich klassifizierter Informationen hin. Das gilt auch noch nach Beendigung der Befragung.

Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Heute vorgelegte Unterlagen dürfen weder von Ihnen noch von Ihrer Vertrauensperson an sich genommen werden und weder Sie noch Ihre Vertrauensperson dürfen davon Kopien, Notizen oder Auszüge anfertigen.

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Auch die Vertrauensperson, Mag. Martin Huemer, belehre ich nicht zum ersten Mal wie folgt: Ich belehre auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage, auch eine allfällige Mittäterschaft an einer vorsätzlich falschen Aussage vor dem U-Ausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden.

Auch für Sie gilt das Informationsordnungsgesetz. Die Auskunftsperson kann Sie als Vertrauensperson jederzeit um Rat fragen. Sie können sich mit der Auskunftsperson ohne zeitliche Begrenzung beraten. Die Auskunftsperson darf dabei jedoch nicht an der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage gehindert oder beeinflusst werden. Sie selbst sind nicht berechtigt, das Wort im Untersuchungsausschuss zu ergreifen. Bei Verletzung der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson steht es Ihnen frei, sich unmittelbar an mich als Verfahrensrichterin oder den Verfahrensanwalt zu wenden. – Vielen Dank.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Herr Dr. Neugebauer, Sie haben das Recht, eine **einleitende Stellungnahme** abzugeben. Diese soll 20 Minuten nicht überschreiten. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Michael Neugebauer: Danke, ich verzichte.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 4

Damit darf ich dann gleich die Verfahrensrichterin um die Durchführung der **Erstbefragung** bitten.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Sehr geehrter Herr Dr. Neugebauer, Sie haben zwei potenziell oder ziemlich sicher für den Untersuchungsausschuss interessante Berichte in der Innenrevision verfasst, einerseits zu Anzahl und Entgelt von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Kabinetten und zweitens zu Beschaffungen im Bereich von Meinungsforschungsstudien und Medienkooperationen. Zu beiden darf ich Ihnen nur kurz einleitend jeweils ein Dokument vorlegen.

Das erste, zum Bericht betreffend der Kabinette, ist das Dokument 70091. – Das dauert ein bisschen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Seite 13.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ja. Aus dieser Seite kann man hervorlesen, dass es in Bezug auf das Kabinett von Bundesminister Kickl gewisse Datenbeschaffungsprobleme gegeben hat.

Ich lese hier am Ende des ersten Absatzes: Es bedurfte des Wissens von Zeitzeugen, um hier Daten festzustellen. Und im letzten Absatz steht, die Daten konnten oder mussten „nach mehrmaligen Rückfragen außer Streit gestellt werden.“ – Insofern würde ich Sie ersuchen, zu dieser Art der Datenbeschaffung – oder warum es da offenkundig Probleme gegeben hat – vielleicht eine kurze Ausführung zu machen.

Dr. Michael Neugebauer: Herzlichen Dank.

Vielleicht eine kurze Klarstellung: Ich arbeite in einer sehr arbeitsteiligen Organisation mit motivierten und kompetenten Mitarbeitern. Den Bericht habe ich nicht selbst geschrieben, sondern den habe ich als Abteilungsleiter abgesegnet und genehmigt. Das heißt, ich stehe für die Richtigkeit des Inhalts ein, ich kann Ihnen aber natürlich jetzt nicht in Bezug auf jeden Absatz entsprechende Auskünfte geben, auch wenn ich mich in den letzten Tagen bemüht habe, mich kräftig einzulesen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 5

Die Frage ist, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, in Bezug auf die Datenqualität der von den Fachabteilungen uns übermittelten Daten. Das ist eine gute Frage. Sie war auch Anlass für diesen Bericht. Dr. Peschorn hatte, als er seinen Dienst antrat, uns circa sieben bis zehn Tage danach um einen Termin ersucht. Ihm sind divergierende Daten der Fachabteilungen zugegangen, er hatte aber entsprechende parlamentarische Anfragen zu beantworten und hat uns ersucht, diese Daten der Fachabteilungen, die zum damaligen Zeitpunkt auf seinem Tisch lagen, zu validieren.

Das haben wir gemacht, drei Monate später gab es einen Berichtsentwurf. Den haben wir mit Dr. Peschorn und erinnerlich mit seinem Kabinettschef diskutiert, weil es doch einige Überhänge gab – nicht nur auf das Thema bezogen, sondern auch, was die Datenqualität, die von Ihnen jetzt angesprochen wurde, betrifft. Dann ist der Bericht seinen Revisionsweg gegangen. Wir haben auch einige Empfehlungen dazu ausgesprochen, die sind dann in die Linie gegangen. Dazu hat es Stellungnahme gegeben, dann haben wir eine abschließende Stellungnahme dazu gegeben und dann die Empfehlungen weiterverfolgt.

Aber das war, was die Datenqualität betrifft, so einmal der Hintergrund für Dr. Peschorn, warum er diesen Bericht in Auftrag gegeben hat.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Gut, vielen Dank!

Dann zum zweiten Bericht: Beschaffungen im Bereich Medien, Meinungsforschung und so weiter, das ist das Dokument 82471 – die Seite 12 erstmals. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Es ist hier ein kleines Diagramm zu sehen. Da steht oben: „Von diesen 100“ – begutachteten Vorgängen – „war die Dokumentation plausibel oder Anlass für eine oder mehrere Bemerkungen wie folgt“. Welche Bemerkungen, worauf haben sich diese Bemerkungen bezogen? Kann ich das so verstehen, dass Bemerkungen als potenzielle Kritikpunkte gemeint waren?

Dr. Michael Neugebauer: Bemerkungen sind Kritikpunkte, ja, ja. Das ist unser Geschäft, die Kritikpunkte beziehen sich - - Wenn ich jetzt einmal das von den drei Themen abstrahiere



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 6

und ein bisschen auf die höhere Ebene der Beschaffungen insgesamt gehe, dann gibt es im Prinzip im Vergabewesen innerhalb des BMI so vier, fünf Problemstellungen, die immer wieder auftreten. Das ist zum einen einmal sicher die mangelhafte Dokumentation. Das ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Rechtsprechung der - - Landesverwaltungsgerichte da diesbezüglich einen sehr strengen Maßstab anlegen, nach dem Motto: Was nicht ordnungsgemäß dokumentiert ist, gilt im Vergabewesen als nicht gemacht. Das heißt, das ist auf jeden Fall schon ein gewichtiger Mangel. Ein anderer Mangel ist die Bedarfsbegründung, die oftmals nicht in der Qualität vorliegt, wie man sie erwarten darf.

Das zweite ist die Wahl des Vergabeverfahrens. Da geht es um die Frage: Auftragswert, Schätzung des Auftragswerts, wie komme ich dazu, Marktbeobachtung, mache ich eine Markterkundung?, diese Fragen, die mich dann zum richtigen Vergabeverfahren hinleiten. Auch hier gibt es zum Teil Verbesserungsbedarf.

Der vierte Punkt ist dann die Ausschreibung selbst, das heißt, da geht es im Prinzip um die Leistungsbeschreibung, da geht es um die Frage: Welchen Vertrag biete ich dann konkret an? Muss sich natürlich am Bedarf orientieren, den man zuerst definiert hat, aber das geht natürlich dann spezifisch ins Detail. Da gibt es auch Möglichkeiten der Verbesserung.

Und last, but not least ist die Frage: Wie wähle ich den konkreten Auftragnehmer aus? Da geht es eben dann um die Fragen der Eignung, der Preisangemessenheit, also in diese Richtung. Das sind so die Probleme; die haben sich hier auch gezeigt.

Bei den Medienkooperationen, um auch als Revisor so einmal was Positives zu sagen, gibt es zwei Dinge, die im BMI positiv laufen: Wir haben bei Medienkooperationen seit 2021 begonnen, die über die BBG abzuwickeln. Das heißt, die führen wir selber nicht mehr durch. Und der zweite Punkt ist, dass sich im Bereich der Bedarfsbegründung schon Verbesserungen gezeigt haben. Also das läuft besser wie früher.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Okay, danke schön.

Und jetzt habe ich noch eine konkrete Frage im Zusammenhang dieser Seite 12 mit der Seite 13, wo ich Sie einfach bitten würde, mir als Laiin das zu erklären.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 7

Es steht hier in dem Diagramm „inhaltlich plausibel“, bei „Meinungsforschung“ steht „0“, bei „Studie“ steht „8“, bei „Medienkooperation“ steht „28“. Was bedeutet das im Zusammenhang mit der nächsten Seite, 13, wo dann bei Punkt 5 steht, also zweiter Absatz: „5) Es wird festgestellt, dass bei allen geprüften Akten ein plausibel begründeter Bedarf für die Vergabe [...] vorlag.“

Also wie verhalten sich diese zwei Plausibilitätsbeurteilungskriterien zueinander?

Dr. Michael Neugebauer: Das Kriterium auf Seite 13 – bei Ihnen ist das 13, bei mir ist das lustigerweise 5 – bezieht sich ausschließlich auf die Bedarfsbegründung.

Oben – was Sie in der Tabelle als „inhaltlich plausibel“ haben – sind die Akten, die in Hinblick auf die von mir zuerst erwähnten Kriterien keinen Anlass zu Kritik gaben. Der Punkt 5, den sie erwähnen, wie gesagt, bezieht sich ausschließlich auf die Bedarfsbegründung.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank!

Dr. Michael Neugebauer: Das ist der - - Entschuldigung! Das ist der Punkt, den ich gemeint habe, der sich verbessert hat. Den hat man bei der Revision ganz gut herausfiltern können, dass im Zusammenhang mit Inseraten und Medienkooperationen, dass da ein - - Also das war auf jeden Fall was, was wir besser gemacht haben in der Vergangenheit.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank!

Ich möchte jetzt auch meine Erstbefragung beenden, danke!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke, Frau Verfahrensrichterin.

Für die Befragung von Dr. Michael Neugebauer wurde zwischen den Fraktionen vereinbart, dass die Befragungsdauer der einzelnen Fragerunden halbiert wird.

Somit ergibt sich folgende halbierte Redezeit: Vereinbarung erste Fragerunde 3 Minuten pro Fraktion, zweite Fragerunde 2:30 Minuten und dritte Fragerunde 1 Minute pro Fraktion.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 8

Im Sinne dieser Redeordnung erteile ich nun dem ersten Abgeordneten, Kollegen Einwallner, das Wort. – Bitte sehr.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Herr Neugebauer, zuerst einmal herzlichen Dank, dass Sie bereit sind, hier heute Auskunft zu geben, und dass Sie für unsere Fragen zur Verfügung stehen. Ich möchte mit einem Zeitungsartikel aus dem „Standard“ beginnen, und zwar mit der Vorlage „Standard“ – „Schwarze Netzwerke versus blaue Netzwerke“ vom 3. September 2019. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück. – Abg. Hanger hebt die Hand.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Bevor Sie antworten – die Frage ist ja noch nicht gestellt –, darf ich Herrn Abgeordneten Hanger zur Geschäftsordnung drannehmen.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Um das von vornherein klar einzugrenzen: Wir haben einen sehr klaren Untersuchungsgegenstand, wo es um den blau-roten Machtmissbrauch geht, und alles andere ist hier nicht Untersuchungsgegenstand. *(Zwischenruf der Abg. Holzleitner.)*

Ich lese gerne wieder vor, wie das im letzten Untersuchungsausschuss gehandhabt worden ist, wo sehr klar festgehalten wird, dass durch den Untersuchungsgegenstand genau diese Fragen nicht in der Form zulässig sind. *(Vorsitzender-Stellvertreter und Verfahrensrichterin beraten sich. – Abg. Holzleitner hebt die Hand.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Zur Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete? – Nein, okay.

Vollkommen richtig, Herr Kollege Hanger: Das kann sich natürlich nicht auf die ÖVP beziehen, sondern nur auf die FPÖ. Dem Fragesteller ist es jedoch unbenommen, auch einen Vergleich zu machen, aber die Fragestellung kann nur Richtung FPÖ gehen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 9

Bitte, Herr Kollege Einwallner.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Ich habe ja nur die Überschrift des Artikels zitiert, Herr Hanger. Man muss ja dazusagen, dass, glaube ich, die schwarzen Netzwerke im Innenministerium durch mehrere Untersuchungsausschüsse hinreichend belegt sind. Das müssen wir hier herinnen gar nicht mehr thematisieren, Herr Kollege Hanger, sondern das haben wir mehrfach bestätigt, wie die Postenbesetzungen der ÖVP im Innenministerium vor sich gegangen sind. (Abg. **Hanger:** Die SPÖ war da nie involviert, gell?)

Aber, Herr Hanger, ich komme jetzt zu dem Teil der Frage, und der bezieht sich natürlich dann schon auf die Studie, die in Auftrag gegeben wurde, oder den Bericht über die Kabinette, der von Innenminister Peschorn damals in Auftrag gegeben wurde.

Haben Sie genauere Wahrnehmungen, was der Auslöser und der Grund dieses Auftrages war, und können Sie dazu etwas sagen? Sie haben in Ihrem ersten Statement ganz kurz gesagt, Herr Neugebauer, dass es sehr divergierende Berichte aus unterschiedlichen Fachabteilungen gegeben hat. Vielleicht haben Sie dazu noch Wahrnehmungen.

Dr. Michael Neugebauer: Also über meine vorherige Stellungnahme hinaus, nein. Der Termin bei Dr. Peschorn war klar auf das Zahlenmaterial, das zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen vorlag, und, soweit ich mich erinnere, einen Artikel auf „Addendum“ fokussiert. Natürlich hat ihn das divergierende Zahlenmaterial gestört, aber nähere Hintergründe habe ich dazu leider nicht.

Also wir haben den Auftrag mündlich entgegengenommen, waren über den Sommer mit drei Monaten dann relativ flott, und, wie gesagt, dass ihn dazu irgendetwas bewogen hätte - - Motiv war, dass er – soweit Erinnerung – sehr darauf gedrängt hat, bei parlamentarischen Anfragen keine falschen Zahlen zu präsentieren. Das war sein Zugang und das war meines Wissens und meiner Erinnerung nach die Motivation für diese Revision.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Umfang und Zeitraum dieser Prüfung haben Sie festgelegt oder hat Herr Dr. Peschorn festgelegt?



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 10

Dr. Michael Neugebauer: Nageln Sie mich bitte nicht fest, aber ich würde meinen - - Ich weiß es nicht. Ich denke, das hat sich möglicherweise aus den Artikeln ergeben, weil medial verschiedenste Daten im Umkreis waren, die, glaube ich, schon Vergleiche zwischen den Kabinetten Mikl-Leitner, Sobotka und Kickl vorgenommen haben, und auch in Bezug auf diese Thematik wollte er natürlich valide Daten haben. Ich denke, das war der Hintergrund, aber wer dann da letztlich die Entscheidung getroffen hat - - In der Regel bespricht man so was und man kommt in einer gemeinsamen Willensbildung überein, dass man es so macht. Das hat sicher damals Sinn ergeben, weil es - ich nehme an - medial entsprechend in Diskussion stand.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): War es aus Ihrer Sicht eher ein üblicher Vorgang zu Beginn einer Amtszeit oder war es ein unüblicher Auftrag, den Sie da erhalten haben?

Dr. Michael Neugebauer: Ja - - Ich antworte, obwohl es ein bisschen mutmaßend wird. Üblich? - Nein. Also es findet immer wieder statt, dass Minister außerhalb des klassischen Revisionsverfahrens - also man bringt einen Vorschlag ein, der Minister oder der zuständige Auftraggeber nickt ihn ab - einen eigenen Vorschlag und eine eigene Idee haben. Das kommt immer wieder vor. Bei Dr. Peschorn war es ungewöhnlich schnell, dass er auf uns zugekommen ist, das stimmt, aber das kommt immer wieder vor, also das ist nichts Außergewöhnliches.

Es war aber vom Prüfauftrag, wenn ich das jetzt ein bisschen ausholend erklären dürfte, ein wenig speziell, weil die Revision an sich ein Soll-Ist-Vergleich ist. Wir sammeln wie die Eichhörnchen die Informationen und versuchen, sie in den richtigen Bezug zueinander zu setzen, und versuchen, das dann mit einem Ziel oder einem Soll abzugleichen, also mit Rechtsvorschriften, mit Erlässen, mit Effizienzkriterien, mit Kennzahlen und so weiter. In dem Fall war unser Auftrag eigentlich die Bestandsaufnahme einer Istsituation und der Abgleich der Zahlen mit der Fachabteilung, dass wir halt am Schluss auf eine valide Zahl kommen. Also es war ein wenig vom Inhalt jetzt - - Also ich sage einmal: Als leidenschaftlicher Revisor stellt man sich hin und wieder so ein bisschen eine pfeffrigere Prüfung vor, aber es war okay, es war okay.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 11

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Danke schön.

Sie haben eingangs gesagt, Sie haben sich die letzten Tage im Vorfeld dieser Befragung heute mit diesem Bericht noch einmal intensiv auseinandergesetzt. Ist es möglich, dass Sie vielleicht für den Ausschuss jetzt eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse, die diese Überprüfung dann ergeben hat, machen?

Dr. Michael Neugebauer: Ja, sehr gerne. Also Hintergrund war, um es noch einmal so ein bisschen klarzumachen, ein Auftrag, der die Zahlen am Tisch des Herrn Bundesminister Peschorn vom Juni 2019 mit der Fachabteilung validieren sollte, weil hier von verschiedenen Stellen verschiedene Zahlen gekommen sind. Das haben wir gemacht. Der Bericht zielte dann - - oder konnte sich aufgrund der Erhebungen in fünf Teile teilen. Das eine war die Anzahl, also die Köpfe in den Kabinetten, das Zweite waren die Entgeltleistungen, das Dritte waren die Mehrdienstleistungen, das Vierte war der Sachaufwand und das Fünfte war das Fuhrparkmanagement.

Wir haben dann versucht, diese Daten in Beziehung zu setzen, nicht absolute Zahlen zu nehmen, um zumindest zwischen den Kabinetten einen Zeitlinienvergleich vornehmen zu können, haben Durchschnittswerte errechnet, Schwankungsbreiten dargestellt und das Ergebnis liegt Ihnen zur Verfügung.

Also Kern war - - Ich habe jetzt die Zahl in Erinnerung, die wir in einer parlamentarischen Anfrage, ich glaube, in Bezug auf das Kabinett Kickl im Mai 2019 übermittelt haben; die hat sich als falsch erwiesen. Hintergrund war nach einem langen Kommunikationsweg, dass zwei karenzierte Bedienstete nicht in Abzug gebracht wurden und sieben dem Kabinett von Bundesminister Kickl zugeteilte Fahrer nicht hinzugezählt wurden, also die tatsächliche Zahl wäre 37 und nicht 32 gewesen. Divergierende Zahlen zu den Gehältern beruhten insbesondere darauf, dass der Dienstgeberbeitrag einmal in Abzug und einmal nicht in Abzug gebracht wurde. Das war im Prinzip der Grund und der Hintergrund für die divergenten Zahlen. Das übrige Zahlenmaterial haben wir nicht weiter interpretiert, weil das außerhalb des Prüfauftrages war.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Danke schön.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 12

Dann würde ich jetzt doch den Bericht vorlegen, und zwar hätte ich gerne die Vorlage 70091, Seite 229. Ich höre gerade, dass es eine leichte Differenz bei den Seitenzahlen geben kann. Es ist schon die Seite 229, aber ich höre gerade: In der Hardcopy ist es 220 und digital ist es die 229. (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.*) – Danke schön.

Es geht mir um den mittleren Bereich, also diesen fett gedruckten Bereich, den es da gibt, wo beschrieben wird, dass es keine gute Basis für eine elektronische Datenerfassung für Mehrdienstleistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben hat und diese Berechnung der Mehrdienstleistungen schwer nachvollziehbar waren. Können Sie das ein bisschen detaillierter ausführen, wo da die Probleme gelegen sind? Mich würde dann auch interessieren, ob diese Thematik inzwischen gelöst wurde oder ob das Risiko da ist, dass das nach wie vor so ist.

Dr. Michael Neugebauer: Hintergrund dieser Thematik ist, dass die Vorgaben festlegen, dass Dienstzeiterfassungen elektronisch zu erfolgen haben und nur im Ausnahmefall schriftliche Aufzeichnungen geführt werden dürfen. Das haben wir eigentlich durchgehend bei allen Kabinetten festgestellt, dass das nicht elektronisch geführt wird, und darauf hat die Empfehlung abgezielt.

Ich müsste jetzt - - (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.*) Ah, das war die Dreier, ja. Um nur kurz auf den Verlauf hinzuweisen: Das ist jetzt der Endbericht, den Sie vor sich liegen haben. Das sieht beim Revisionsverfahren so aus, dass rote Empfehlungen dann dem jeweiligen Auftraggeber vorzulegen sind. Das war zum gegenständlichen Zeitpunkt der Berichtslegung aber nicht mehr Dr. Peschorn, sondern mein damaliger Auftraggeber, Generalsekretär Helmut Tomac.

Der hat natürlich jetzt keine Dienst- und Fachaufsicht mehr über die Kabinette gehabt und deswegen war es ihm verwehrt, diesbezüglich Entscheidungen für das Kabinett zu treffen. Er hat diese Empfehlung dann in seinem Bereich umgesetzt. Dort wurde dann das ESS eingeführt. Wir haben dann darauf urgiert, dass wir natürlich schon eine Stellungnahme des Kabinetts brauchen. Die wurde dann auch eingeholt. Dort war dann aber der Zugang, dass



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 13

man aus Sicherheitsinteressen auf die elektronische Diensterfassung verzichten möchte.

Damit war die Empfehlung für uns erledigt.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Nur dass ich es jetzt richtig verstanden habe: Es gibt also nach wie vor keine elektronische Erfassung der Dienstzeiten in den Kabinetten?

Dr. Michael Neugebauer: Ja, das haben Sie richtig verstanden.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Wie beurteilen Sie als Chef der Innenrevision das?

Dr. Michael Neugebauer: Fragen Sie mich bitte nach meinen Wahrnehmungen, aber nicht nach meinen Beurteilungen!

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Welche Wahrnehmung haben Sie dazu, Herr Neugebauer?

Dr. Michael Neugebauer: Das entzieht sich meiner Bewertung. Es ist eine Ausnahmebestimmung da; die wird in Anspruch genommen. Roma locuta, causa finita. Es war für mich da - - Es ist da kein Spielraum. Also es ist - - Für die Nachvollziehbarkeit macht es immer Sinn, wenn man die Dinge elektronisch dokumentiert hat, aber ich verstehe auch den Sicherheitsaspekt. Das ist durchaus eine nachvollziehbare Geschichte, die ich jetzt keinem der Kabinette vorhalten würde. Es kommt halt immer darauf an, wie Buch geführt wird. Wenn jemand in ein Buch schreibt: 6 bis 21 Uhr, wenn jemand das lückenlos dokumentiert, ist eine händische Auswertung auch okay. Aber wie gesagt, da muss ich jetzt ein wenig passen, weil ich diesbezüglich jetzt wirklich keine Wahrnehmungen habe, wie das damals - - oder auf welcher Grundlage der Kollege das jetzt so geschrieben hat.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung, wie detailliert dann Aufzeichnungen generell in der Zeit des Innenministers Kickl geführt wurden?

Dr. Michael Neugebauer: Nein.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Danke.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 14

Dann würde ich gerne zwei Seiten weiterspringen, auf Seite 232. Da gibt es so eine Gesamtübersicht der letzten Kabinette und Kosten. Auch dort bemängeln Sie zu Recht, dass es schwierig ist, das nachzuvollziehen und auch Vergleiche darzustellen, weil das Datenmaterial mangelhaft ist. *(Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.)* Vielleicht können Sie da noch einmal sagen, wo es wirklich an Daten gefehlt hat, und ich nehme jetzt an – da ich Ihre Antwort davor gehört habe –, dass es wahrscheinlich nach wie vor noch nicht besser ist.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ich darf noch ganz kurz, bevor er antwortet, darauf eingehen, dass nicht das jetzige Ministerium zur Diskussion steht, sondern es immer noch im Untersuchungsgegenstand um rot-blauen Machtmissbrauch geht.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Ich frage eher nach der Folge des Berichts.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ja, Ihre Zeit ist jetzt auch in der Zwischenzeit abgelaufen, und ich würde sagen, wir lassen jetzt die Auskunftsperson darauf antworten.

Dr. Michael Neugebauer: Kann ich noch einmal die konkrete Frage wissen?

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Ich habe keine Fragezeit.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dann nochmals den ersten Teil der konkreten Frage.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Da ist eine Tabelle dargestellt, wo Sie die Kabinette Mikl-Leitner, Sobotka und Kickl anhand der Aufwendungen vergleichen. Es wird bemängelt, dass auch die Daten bei den Vorgängerkabinetten und beim Kabinett Kickl nicht ganz nachvollziehbar sind, und meine Frage ist: An welchen Datenmaterialien hat es tatsächlich gefehlt? Man schreibt da auch, dass die Leistungsfähigkeit des Programms, glaube ich, oder des Systems an der Grenze war. Es würde mich interessieren, ob es da systematisch ein Problem gibt oder ob es ein Ausreißer des Kabinetts Kickl war.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 15

Dr. Michael Neugebauer: Also diese Zahlen stammen aus dem HV-SAP. Wir haben zu dieser Thematik auch schon Revisionsberichte geschrieben, weil das natürlich für die getreue Darstellung des Budgets des Bundes eine ganz wesentliche Frage ist.

Ich versuche jetzt einmal ganz kurz, es mir überschlagsmäßig in Erinnerung zu rufen, worin die Probleme lagen. Bei der Datenqualität ist ein Punkt der, dass viele der Datenbanken, die in HV-SAP verwendet werden, von Externen betrieben und gesteuert werden und die Kolleginnen und Kollegen des BMI keinen Einfluss darauf haben.

Die zweite Geschichte sind Mehrfachnennungen von Kreditoren und Debitoren. Soweit ich mich erinnere, gab es damals ein Projekt der BHAG, die versucht hat, das über das Geschäftspartnermodell zu lösen. Hintergrund oder Idee war da, jedem Unternehmer eine Identifikationsnummer zuzuweisen, um Mehrfachnennungen im HV-SAP entsprechend hintanzustellen.

Ein BMI-interner Punkt, der nach wie vor verbesserungswürdig ist, ist die Frage der Schulungen. Wir haben im Zusammenhang mit der Revision Datenqualität HV-SAP festgestellt, dass die über 1 000 Anwenderinnen und Anwender im HV-SAP im BMI zum Teil über mangelnde Kompetenzen und ihnen zur Verfügung gestellte Schulungen - - Einwände hatten diesbezüglich. Das war dann folglich eine Empfehlung.

Man hat das dann auch in den Erlass aufgenommen, dass entsprechende Schulungen stattzufinden haben. Da hat dann meines Wissens und meiner Erinnerung nach Corona, die Pandemie ein bisschen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ein weiterer Punkt ist noch die - - Ja, das interne Kontrollsystem war ausbaufähig. Wenn es um die Prüfung von Rechnungsdaten geht, ist oftmals im Hintergrund nicht das IKS am Werken, das entsprechende Fehler auch rechtzeitig aufzeigt.

Das waren so ein bisschen, ich hoffe - - Das ist auch wieder ein ganz anderes Revisionsthema. Ich hoffe, ich habe es halbwegs abrufen können. Es tut mir leid, wenn ich da jetzt ein bisschen Lücken habe.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 16

Damit kommen wir nun zur FPÖ. – Herr Abgeordneter Spalt, bitte.

Abgeordneter Thomas Spalt (FPÖ): Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Verfahrensrichter! Sehr geehrter Herr Neugebauer! Zunächst darf ich mich bei Ihnen für Ihr Kommen in den Untersuchungsausschuss bedanken.

Bevor wir hier wieder in einer Geschäftsordnungsdebatte hören, wir hätten den Untersuchungsgegenstand nicht verstanden, gilt es schon festzuhalten: Wir haben sehr wohl den Untersuchungsgegenstand, aber wir haben vor allem auch das Ansinnen der ÖVP mit diesem Untersuchungsausschuss verstanden. Es gilt hier ganz klar festzuhalten, dass es ich bei diesem Untersuchungsausschuss um einen ÖVP-Grünen-Ablenkungs-und-Wahlkampfuntersuchungsausschuss handelt, und es nur darum geht, vom Versagen der schwarz-grünen Bundesregierung abzulenken, und der verzweifelte Versuch ist, sich über die nächsten Monate noch bis in den September, bis zur nächsten Wahl zu retten. Als Beispiel dafür können die von der ÖVP verlangten Aktenlieferungen genannt werden, denn: Wie bekannt wurden sehr, sehr viele Akten nicht geliefert, weil dies ganz einfach nicht zulässig ist.

Da auch die Verfassungsmäßigkeit dieses Untersuchungsausschusses aus mehreren Gründen zweifelhaft ist und auch vom VfGH nicht beurteilt worden ist, weil dort keine Zuständigkeit besteht, werden wir in diesem Zusammenhang heute von einer Fragestellung absehen. – Nichtsdestotrotz, Herr Dr. Neugebauer, vielen Dank für Ihr Kommen.

Die Fragezeit nehme ich natürlich gerne in die nächste Runde mit. *(Heiterkeit bei ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Da das noch keine Frage war, können Sie zwar nicht Fragezeit mitnehmen, aber Sie können Zeit mitnehmen.

Ich darf somit das Wort an Frau Kollegin Disoski übergeben.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Verfahrensrichterin! Sehr geehrter Herr Verfahrensanwalt! Sehr geehrter Herr Dr. Neugebauer! Das war jetzt wieder eine sehr eindrückliche Demonstration. Die FPÖ hängt



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 17

einmal mehr in der Vergangenheit fest. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit haben wir schon heute früh sehr ausführlich diskutiert.

Vielleicht nur zur Erinnerung: Das ist kein ÖVP-grüner-Ausschuss, den hat die ÖVP selber eingesetzt. Dass die drei selbsternannten Großparteien im Wahljahr zwei Ausschüsse einsetzen, ist nichts, was wir Grüne uns ausgesucht haben, aber wir werden uns unabhängig davon, wer denn vielleicht doch mit welchem Hintergedanken hier diese UsAs eingesetzt hat, an der Aufklärung im gewohnten Stil beteiligen, denn unsere Liebe gilt der Aufklärung, und die hat keine Farbe.

Herr Dr. Neugebauer, ich freue mich sehr, dass Sie heute da sind. (*Abg. **Spalt** hebt die Hand.*)
Vielen Dank für diesen sehr - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Entschuldigung, Frau Kollegin Disoski. Ich habe eine Meldung zur Geschäftsordnung. – Herr Abgeordneter Spalt.

Abgeordneter Thomas Spalt (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Vielleicht nur zur Klarstellung: Ich habe ein ÖVP-grüner Untersuchungsausschuss gesagt, und, ich glaube, man muss zur Geschäftsordnung hier klar festhalten, dass im Geschäftsordnungsausschuss dieser Ausschuss dann mit den Stimmen der Grünen durchgewunken wurde.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ich glaube, das stimmt nicht so, Herr Kollege Spalt. Er war durch das Minderheitsrecht eingesetzt.

Frau Kollegin Disoski, fahren Sie fort.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Wären wir jetzt in einer regulären Sitzung, müsste ich Kollegen Spalt tatsächlich berichtigen. Das erspare ich mir aber, ich will mich auf die Fragen fokussieren.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 18

Vielen Dank, dass Sie hier diesen sehr umfangreichen, sehr starken Bericht vorgelegt haben. Es sind 284 Seiten, wir haben sie sehr genau studiert. Ich bin vorhin bei einer Antwort hängen geblieben, die Sie gegeben haben. Im Zusammenhang mit der elektronischen Zeiterfassung haben Sie gesagt, Sie verstehen den Sicherheitsaspekt. Könnten Sie eingangs einmal ein bisschen näher ausführen, was Sie damit gemeint haben?

Dr. Michael Neugebauer: Wenn Sie die elektronische Zeiterfassung bedienen und Zwecke, Anlässe von Dienstreisen, Terminen et cetera dokumentieren, ist es möglich, dass jemand eventuell Informationen erhält, die er nicht erhalten sollte. Ich denke, bei der Ressortleitung eines Innenressorts ist es, sage ich einmal, nicht von der Hand zu weisen, dass hier gewisse Sicherheitsinteressen schlagend werden. Das würde ich niemandem vorhalten, keinem der Kabinette, und das möchte ich nicht werten.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Kommen wir zu einem anderen Thema: Postenbesetzungen. Dazu lege ich Dokument 645, Seite 8, vor. Laut „Standard“-Bericht wurde mit dem blauen Polizeigewerkschafter Gerhard Reischer eine zentrale Position im Ministerium besetzt. Er ist im Jahr 2019 zum Leiter des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl bestellt worden. Laut diesem „Standard“-Artikel war das für die FPÖ damals eine Schlüsselstelle. Das Ungewöhnliche war, dass es außer ihm keinen Bewerber oder keine Bewerberin gegeben hat. Ist das nicht bei einem doch recht hoch dotierten Job ungewöhnlich? *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Dr. Michael Neugebauer: Ich bin in diese Auswahlprozesse nicht eingebunden und kann daher leider nichts dazu sagen.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Dann versuche ich es bei einem anderen Thema. Ich möchte zu den Verwendungsgruppen in den Kabinetten kommen. Ich möchte gerne Dokument 70091 vorlegen. Es ist konkret Seite 53, auf die ich mich beziehe. Da sehen Sie eine Grafik, die vom Jahr 2014 bis 2019 von links nach rechts den Mitarbeiter:innenstab in den unterschiedlichen Verwendungsgruppen in den Kabinetten darstellt. Was fällt Ihnen



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 19

denn dabei auf, wenn Sie sich diese Grafik anschauen? *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)* Seite 53.

Dr. Michael Neugebauer: Werte Frau Abgeordnete, es fällt eine unterschiedliche Zusammensetzung der Kabinette auf.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Haben Sie andere Wahrnehmungen bezüglich der Verwendungsgruppen, die hier in dieser Grafik dargestellt sind?

Dr. Michael Neugebauer: Es tut mir leid. Die sprechen für sich. Darüber hinausgehende Interpretationen kann ich leider nicht machen.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Okay, dann darf ich meine Interpretation mit Ihnen teilen, die hier sehr eindeutig ist, dass jene Verwendungsgruppen, die auch mit höherer Besoldung einhergehen, in dieser Zeit, als Kickl das Innenministerium verantwortet hat, sprunghaft angestiegen sind.

Kommen wir zu einem anderen Thema – Fragen der Zeiterfassung hatten wir schon. Ich mag Ihnen das Dokument 70091 vorlegen. Ich beziehe mich auf Seite 70 und auf Seite 72. Ich lasse Ihnen einmal kurz Zeit, um das anzuschauen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Ich glaube, Sie haben es vor sich liegen. Das sind die Auswertungen der Dienstzeiteaufzeichnungen aus dem Kabinett von Generalsekretär Goldgruber. Die quasi Legende hier sagt, null steht dafür, es gab keine Zeitauswertung, und das Blitzsymbol verweist auf Abweichungen zwischen den Unterlagen der verantwortlichen Abteilungen. Wir sehen, da hat es aber sowohl im Kabinett von Kickl als auch im Büro von Generalsekretär Goldgruber gehörig geblitzt. Wie kann denn das sein?

Dr. Michael Neugebauer: Werte Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis. Wir haben in den letzten zehn Jahren 41 Revisionsberichte, neun Follow-up-Berichte geschrieben, 1 200 Empfehlungen übermittelt. Wir bekommen im Jahr zwischen 1 600 und 2 000 Beschaffungsakten vorgeschrieben. Ich erinnere mich nicht mehr an Blitze, die vor viereinhalb Jahren in einem Revisionsbericht Dr. Peschorn übermittelt wurden. Ich kann aber



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 20

gerne den zuständigen Prüfteamleiter fragen, aber wie er diese Blitze verstanden wissen wollte – ich weiß es nicht, es tut mir leid.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Dann werden wir das Angebot gerne annehmen.

Ich möchte abschließend noch Dokument 70091, Seite 74, vorlegen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Da darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Signalfarbe Rot lenken. Der rote Balken steht für eine schludrige, für eine schleißige Zeiterfassung. Wir sehen, das zieht sich vom Kabinett Mikl-Leitner bis zum Kabinett Kickl. Was ist da aber im August 2018 passiert, dass plötzlich der Balken nicht mehr ganz so rot ist?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit ist Ihre Zeit beendet.

Dr. Michael Neugebauer: Dazu habe ich leider keine Wahrnehmung.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank.

Damit komme ich nun zu Herrn Abgeordneten Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Auch von meiner Seite, Herr Dr. Neugebauer, vielen Dank, dass Sie heute zur Verfügung stehen. Ich würde gerne recht allgemein beginnen, um besser zu verstehen, wie wir uns die Arbeit und die Aufgaben in Ihrer Abteilung vorstellen können.

Ab welchem Zeitpunkt werden Sie denn ganz grundsätzlich im Normalfall bei der Vergabe von Aufträgen eingebunden?

Dr. Michael Neugebauer: Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Entweder man stellt ein vergaberechtlich relevantes Thema in den Prüfplan, der dann genehmigt wird, und dann arbeitet man das im Rahmen einer Revision mit den Prüfmaßstäben im Durchschnitt über ein dreiviertel Jahr, Jahr ab.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 21

Im BMI haben wir ein Spezifikum der Aktenvorschreibung. Wir bekommen sämtliche Vergabe-, Förder- und die Prüfberichte der BHAG vor Hinterlegung übermittelt und versuchen dann im Rahmen einer, nennen wir es, institutionalisierten Beratungsleistung - - prüfen wir das im Rahmen einer Momentaufnahme – aber grob. Man darf sich da jetzt nicht zu viel erwarten. Wir schauen, ob oberflächliche Themen- und Fragestellungen auftauchen in Bezug auf die Inhalte, die ich eingangs schon skizziert habe, also diese Thematiken Bedarfsprüfung, Wahl des Vergabeverfahrens et cetera, et cetera. Dazu schreiben wir dann sogenannten Einsichtsbemerkungen, und damit ist aber die Kommunikation dann auch erledigt. Wie gesagt, eine Beratungsleistung hat ja auch ein wenig den Sinn der Freiwilligkeit, und wir wissen dann danach nicht, wie das weiter verfolgt wird.

Es gibt natürlich Dienststellenleiter, die das entsprechend annehmen, aufnehmen und umsetzen. Es gibt Dienststellenleiter, die haben vielleicht auch entsprechend fachliche Gründe, es nicht zu berücksichtigen. Das sind aber die zwei wesentlichen Zugänge, wie wir Beschaffungen in der Internen Revision bearbeiten.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Diese Einsichtsbemerkungen – übersetze ich das jetzt richtig? –, das sind quasi Einschätzungen von Ihnen zu einer bestimmten Beschaffung. Passieren die bei jeder Beschaffung oder nur dann, wenn Sie es für notwendig erachten?

Dr. Michael Neugebauer: Vorgeschrieben werden uns alle Akten. Seit Mitte 2018 bekommen wir jeden Beschaffungsakt übermittelt. Einschränkung: Wir sollten jeden Akt übermittelt bekommen. Tatsächlich war das zum Beispiel eine Erkenntnis aus der Revision Meinungsforschungsstudien und Medienkooperationen, dass uns doch eine Vielzahl von Akten nicht vorgeschrieben wird. Das ist natürlich ein interner Mangel, aber die, die uns vorgeschrieben werden - - Es ist eine Grobprüfung. Wir orientieren uns dabei an den IKS-Checklisten für Vergaben des Rechnungshofes.

Ich habe die vier Punkte erwähnt – im Kern dreht es sich um diese. Ich glaube, in einem Bericht, den wir übermittelt haben, Revision Beschaffungswesen Innenressort, sind auch Tabellen bis ins Jahr 2019 ausgewertet.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 22

Von unserer Seite: Wir haben erst ab dem Jahr 2017 wirklich strukturiert beginnen können, dieses Thema zu bespielen, weil wir dann die personalen Ressourcen und Kapazitäten aufgebaut haben. Seit damals machen wir es. Bis Mitte 2018 gab es eine Wertschwelle: 48 000 Euro. Wir bekamen nur die Vergabeakten darüber vorgeschrieben. Es gab dann, glaube ich, eine - - Bitte nageln Sie mich nicht fest, aber ich glaube, es war ein Wink des Rechnungshofes, der meinte, wir sollten diese Lücke schließen, weshalb wir dann diese Wertschwelle aufgehoben haben. Seit damals sind es 1 500 bis 2 000 Vergabeakte. Die kommen, wir versuchen, sie im Rahmen einer Grobprüfung im Rahmen der zeitlichen Ressourcen zu bearbeiten und Feststellungen zu treffen. Eine vertiefte Prüfung geht schlichtweg nicht, denn 2 000 Beschaffungsakten in der Prüftiefe einer Revision zu prüfen, hieße, dass wir wahrscheinlich unverhältnismäßig Personal aufbauen müssten.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Verstehe ich das richtig, dass es seit 2018 gar keine Schwellenwerte mehr für Beschaffungen gibt – nach den Richtlinien in der Praxis schaut es naturgemäß ein bisschen anders aus; das verstehe ich auch, weil Sie nicht die Ressourcen haben –, was Ihnen vorgelegt werden müsste?

Dr. Michael Neugebauer: Genau. Grundsätzlich müssten uns – ab, ich glaube, August 2018 war es – alle Vergabeakte vor Hinterlegung vorgeschrieben werden.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das heißt, wenn ein Bundesminister beispielsweise auf die Idee kommt, 24-Karat-Gold-Kugelschreiber anzuschaffen, dann müsste das über Ihren Tisch gehen.

Dr. Michael Neugebauer: Dann müsste das über meinen Tisch gehen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): War das so?

Dr. Michael Neugebauer: Ich hab ka- - Wann war die Beschaffung?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): In der Amtszeit von Herbert Kickl. Das müssten wir nachschauen.

Dr. Michael Neugebauer: Na ja, der war ja 2017 bis 2019. Das hängt jetzt davon ab - -



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 23

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das schauen wir gleich nach.

Dr. Michael Neugebauer: Entschuldigung. (Abg. **Shetty:** Bitte!) Wenn der Goldkugelschreiber vor August 2018 beschafft wurde, dann kann ich ihn nicht gesehen haben, denn ich nehme an, der wird nicht über 48 000 Euro gekostet haben. Wenn er danach beschafft worden ist, dann hätte ich ihn eigentlich kriegen sollen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das schauen wir gleich nach und reichen wir nach. 48 000 Euro hat er nicht gekostet, aber 800 Euro für fünf Kugelschreiber ist auch relativ saftig, wie ich meinen würde.

Gibt es Unterschiede im Prozess bei der Beauftragung von Agenturen für strategische Beratung, Studien und beim Abschluss von Medienkooperationen?

Dr. Michael Neugebauer: Entschuldigung, können Sie mir das verdeutlichen? Wie meinen Sie das? Worauf sollen sich die Unterschiede beziehen?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): In der Einbeziehung von der Internen Revision, also beispielsweise wenn jetzt Inseratenkooperationen, Medienkooperationen oder Beraterverträge abgeschlossen werden, wobei ich dann noch später auf konkrete zu sprechen kommen möchte: Gibt es da Unterschiede im Prozess, wie Sie eingebunden sind, oder ist das gleich?

Dr. Michael Neugebauer: Der tatsächliche Prozess ist so, dass wir halt oftmals nicht eingebunden werden. Das Soll ist so, dass wir einzubinden sind. Das ist die Faktenlage.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wurden Sie in der Zeit von Herrn Bundesminister Kickl – in einer Durchschnittsbetrachtung – mehr oder weniger eingebunden als zuvor und danach?

Dr. Michael Neugebauer: Nein, also die Problemstellungen haben sich unter Bundesminister Kickl nicht unterschieden, also nicht erkennbar unterschieden. Das war jetzt nicht erkennbar.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 24

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das war im April 2018, das heißt, die Kugelschreiber waren davor. Richtig?

Dr. Michael Neugebauer: Wann waren die Kugelschreiber?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): April 2018.

Dr. Michael Neugebauer: Ja, ja, im August 2018 ist die Wertgrenze gefallen. Das heißt, den Akt hätte ich gar nicht bekommen brauchen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut, dann würde ich Ihnen gerne Vorlage 4, Seite 5, vorlegen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Seite 5: Da geht es um eine Chatgruppe, in der Norbert Hofer, aber auch andere hochrangige FPÖ-Politiker sind. Es geht um die Vergabe von Inseraten, und Herr Hofer schreibt hier: „Ich habe Berichterstattung abgewartet und bereits ok für weitere Inserate gegeben.“ – Also eigentlich muss man sich ja diese Nachricht schon einmal auf der Zunge zergehen lassen, die ist ja ein Wahnsinn. Dass positive Berichterstattung abgewartet wurde und danach entschieden wurde, gibt man Kohle oder gibt man keine Kohle, ist eigentlich unglaublich.

Meine Frage an Sie wäre: War das im Innenministerium auch so, dass schon bestehende Inseratenkooperationen sozusagen on hold waren und dann aus dem Kabinett eine Info kam: Ziehen wir die zurück oder machen wir die?

Dr. Michael Neugebauer: Es tut mir wirklich leid, aber über die im Revisionsbericht enthaltenen Informationen habe ich dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich gerne zu einem anderen Thema kommen, nämlich zur Beauftragung von Klaus-Dieter Fritsche. Sagt Ihnen der was? Das ist ein Lobbyist für Wirecard.

Dr. Michael Neugebauer: Sagt mir nichts.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann lege ich Ihnen Vorlage 5, Seite 250, vor. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 25

Es geht hier um die Beauftragung eines ehemaligen deutschen Staatssekretärs und Wirecard-Lobbyisten, nämlich Herrn Klaus-Dieter Fritsche. Der wurde vom Innenministerium mit Beratungsdienstleistungen – „Weiterentwicklung der Staatsschutzbehörden nach Evaluierung und internationalen Vorbildern“ – beauftragt. Wenn man die aktuellen Medienberichte verfolgt, dann läuft es einem jetzt eh schon kalt den Rücken hinunter, wenn man das hört.

Sie haben keine Wahrnehmungen dazu, dass dieser Mann beauftragt wurde? Da war die Interne Revision nicht eingebunden?

Dr. Michael Neugebauer: Das ist richtig: keine Wahrnehmung dazu. Der Name sagt mir auch nichts. Also - -

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das würde jetzt aber über den Schwellenwerten liegen, wo die Interne Revision auch vor 2018 schon hätte eingebunden werden sollen, oder? *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Na ja, ich will die Frage noch einmal konkretisieren: Es ging nicht um Wahrnehmungen, sondern darum, ob Sie als Interne Revision bei dieser Summe hätten involviert werden müssen.

Dr. Michael Neugebauer: Wenn Sie mir den Auftragswert nennen, dann kann ich die Frage beantworten.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Vorlage 5, Seite 250: Es sind „EUR 79.000,--“. *(Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Dr. Michael Neugebauer: Ja. Das Datum ist wichtig.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): März 2019.

Dr. Michael Neugebauer: Ja, wie erwähnt: Seit August 2018 sind Vergaben und Beauftragungen über dem - - Seit August 2018 sind Vergaben ohne Wertgrenze vorzuschreiben. Hätte vorgeschrieben werden müssen, ja.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 26

Ich habe aber ganz offen gestanden - - Oder sagen wir so: Dass ich da keinen Bezug zum Thema habe, ist möglicherweise damit zu begründen, dass der Akt bei mir einfach nicht vorbeigekommen ist, weil ich nicht da war. Also das kann durchaus sein, dass das ein Kollege bearbeitet hat, aber ich denke ehrlich gesagt, nicht. Gibt es dazu eventuell einen Elak-Prozess, der übermittelt wurde?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Müssten wir nachreichen, ja. Sie haben aber keine Wahrnehmungen - -

Dr. Michael Neugebauer: Nein. Nein, keine Wahrnehmung zu einem Herrn Fritsche.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann halte ich fest, dass der Leiter der Internen Revision keine Wahrnehmung dazu hat, dass ein Wirecard-Lobbyist von Innenminister Kickl über 80 000 Euro beauftragt wurde, und bin fertig.

Dr. Michael Neugebauer: Entschuldigung! War das jetzt eine Frage? (Abg. **Shetty:** Nein!)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit kommen wir nun zur ÖVP. Fragesteller ist Herr Abgeordneter Zarits.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Verfahrensrichterin! Danke, Herr Dr. Neugebauer, dass Sie heute auch hier bei uns im Ausschuss sind und sehr, sehr viele Fragen ja auch schon bereitwillig und sehr umfangreich beantwortet haben. Danke einmal an Ihre Abteilung für den Bericht, der sehr, sehr viele kritische Feststellungen vor allem auch über das Kabinett Kickl hergibt, was das Personal betrifft, beziehungsweise auch, was eine Nutzung des Kabinettschefs eines Dienstwagens betrifft.

Meine einleitende Frage ist die, ob es üblich ist, dass die Revisionsabteilung, sprich Sie, direkt vom Ressortleiter, sprich vom Bundesminister, für eine Prüfung beauftragt wird. Oder ist das damals ein Novum gewesen?

Dr. Michael Neugebauer: Es kommt immer wieder vor. Zeitlich zuordnen kann ich es jetzt nicht. Ich ordne eine Sonderprüfung Helmut Tomac zu, ich ordne eine Sonderprüfung Peter



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 27

Goldgruber zu, ich ordne eine Sonderprüfung Dr. Peschorn zu. Davor: Es tut mir leid, das ist nicht mehr erinnerlich. Aber es ist nicht ungewöhnlich.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Es ist nicht ungewöhnlich und ist nicht zum ersten Mal vorgekommen. Danke einmal für Ihre Antwort.

Ich darf noch einmal das Dokument mit der Nummer 70091 vorlegen – das ist Ihr Revisionsbericht – und darf auf Seite 40 gehen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Ich glaube, die Frau Verfahrensrichterin hat ja bereits auch die Frage gestellt. Wenn wir auf Seite 40 gehen: Hier wird „festgestellt, dass die Anzahl der Mitarbeiter im Kabinett von Bundesminister Herbert Kickl in Abhängigkeit von der jeweiligen Fragestellung zu unterschiedlichen Auskünften bzw.“ – beziehungsweise – „Beantwortungen führte.“

Sie haben, glaube ich, vorher auch ausgeführt, dass die parlamentarischen Anfragen, die ans Kabinett Kickl oder an Bundesminister Kickl gerichtet wurden, dementsprechend falsch beziehungsweise teilweise falsch dann beantwortet wurden und ins Parlament übermittelt wurden. Ist das richtig?

Dr. Michael Neugebauer: Nein, ich glaube, da geht es nicht um die parlamentarischen Anfragen, die durch das Kabinett Kickl übermittelt wurden, sondern die durch die Zuständigen von Dr. Peschorn **über** das Kabinett Kickl an das Parlament übermittelt wurden.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Gut.

Eine Verständnisfrage noch: Sie haben das vorher, glaube ich, schon erläutert: den Grund für die Ursache der unterschiedlichen Ergebnisse dementsprechend und für die unterschiedliche Datenqualität. Was war der Grund dafür?

Dr. Michael Neugebauer: Na, bei den Köpfen waren der Grund der Divergenzen im Kabinett Kickl die Fahrer, die man nicht hinzugezählt hat und die aber dem Kabinett dienstzugeteilt waren, und die nicht in Abzug gebrachten karezierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 28

Im Zusammenhang mit den Entgeltzahlungen war der wesentliche Unterschied die Hinzufügung beziehungsweise in Abzug gebrachten Dienstgeberbeiträge. Das heißt, einmal wurden Monatsbezüge gemäß § 3 Gehaltsgesetz übermittelt und dann hat man halt die Personalkosten übermittelt – und das sind unterschiedliche Werte.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Danke für Ihre Antwort.

Sie haben ja vorhin auch etwas erwähnt, was das Zeiterfassungssystem im BMI betrifft und was das Zeiterfassungssystem auch in den Kabinetten betrifft. Wir haben jetzt da Aufstellungen dementsprechend, was die Überstunden in den Kabinetten betrifft beziehungsweise auch im Büro des Generalsekretärs betrifft, und wenn ich mir das anschau, dann erkenne ich, dass 50 bis 64 Prozent der Bruttobezüge Bestandteil der Überstunden sind.

Jetzt meine Frage, Seite 124 – und Sie haben das vorher erwähnt –: Welche Art von Dokumentationen hat es hier gegeben? Wenn ich mir die Beträge anschau, die da monatlich zusammenkommen, von 4 000 bis 6 000 Euro, wäre es meiner Meinung nach schon auch wichtig, dass das lückenlos dokumentiert wurde. Meine Frage: Wie wurde das dokumentiert? Lückenlos, oder waren das sehr allgemeine Dokumentationen?

Dr. Michael Neugebauer: Entschuldigen Sie, die Tabelle ist weg! Ich probiere es aber abstrahiert, weil es eine Frage nach der Dokumentation ist.

Diese Zahlen stammen von der Abteilung, die Dr. Peschorn auch die Zahlen, die ihn dann zur Nachfrage veranlasst haben, vorgelegt hat. Von denen haben wir – weil wir natürlich über diese Schiene die Zahlen validieren mussten – die Zahlen bekommen. Das sind Auswertungen, ich weiß es jetzt nicht, aber ich nehme einmal an, aus dem PM-SAP, und die werden dort schon lückenlos dokumentiert. Die Validität würde ich also nicht infrage stellen oder würde ich aus meiner Sicht nicht infrage stellen wollen. Die Frage ist, wonach man abfragt.

Wenn Sie hier zum Teil Schwankungen in den einzelnen Statistiken beobachten können, dann liegt das an vielen Dingen – ich habe zuerst die Revision Datenqualität HV-SAP erwähnt –, das kann auch an unterschiedlichen Stichtagen liegen, das kann an Schnittstellen liegen, die



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 29

zwischen PM-SAP und HV-SAP technischer Natur sind. Ich weiß das nicht. Aber die Datenqualität - - Also die Daten, die hier dokumentiert sind, sind valide, weil sie auf mehrmaliges Nachfragen bei der zuständigen Fachabteilung außer Streit gestellt wurden.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Eine abschließende Frage für diese Runde: Es wurden ja hier im Kabinett beziehungsweise im Büro des Generalsekretärs dementsprechend Überstunden der Mitarbeiter aufgezeichnet, von 73 bis 124 Stunden monatlich. Das ist ja fast schon eine zusätzliche Dienstverpflichtung.

Sie sind selbst Vorgesetzter. Würden Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine derart hohe Überstundenleistung zumuten? (*Abg. Ries hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Herr Abgeordneter Ries hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ja. Das ist keine Frage zur Wahrnehmung. Das ist eine Einschätzungsfrage, die nicht zulässig ist.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dem kann ich mich anschließen. Das müssen Sie anders formulieren.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Die Auskunftsperson kann aber trotzdem antworten, wenn sie möchte. (*Die Auskunftsperson schüttelt den Kopf.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Die Auskunftsperson will nicht. Sie können nach Wahrnehmungen fragen – und die Zeit ist abgelaufen –, vielleicht in der nächsten Runde dann.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 30

Damit kommen wir zur zweiten Runde, und ich darf das Wort wieder an die SPÖ, an Herrn Abgeordneten Einwallner, geben.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Ich komme noch einmal zu dem „Standard“-Artikel zurück, den ich eingangs zitiert habe, also „Schwarze Netzwerke versus blaue Netzwerke“. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)* Bevor sich Herr Hanger wieder echauffiert: Also die schwarzen Netzwerke sind hinlänglich in mehreren Untersuchungsausschüssen bestätigt.

Kommen wir also zu den blauen Netzwerken: Herr Neugebauer, haben Sie Wahrnehmungen zu blauen Netzwerken im BMI?

Dr. Michael Neugebauer: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Dann schließe ich noch mit einer abschließenden Frage, Herr Neugebauer. Herr Peschorn hat am Vormittag gemeint, es gab im Innenministerium, wie er es übernommen hat oder wie er als Minister gekommen ist, durchaus Personen, die – wie er sinngemäß gesagt hat – eine stärkere Loyalität einer politischen Partei gegenüber als der Republik gegenüber hatten.

Haben Sie Wahrnehmungen zu Personen, die so gepolt waren, dass sie eine stärkere Loyalität einer Partei gegenüber und nicht der Republik gegenüber hatten?

Dr. Michael Neugebauer: Es tut mir leid, ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Danke schön.

Die Zeit nehme ich mit.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Okay, danke.

Dann ist der Nächste Herr Abgeordneter Spalt, oder verzichtet er? – Er verzichtet.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 31

Damit komme ich zu Frau Abgeordneter Disoski. (*Abg. **Disoski** weist auf Abg. **Koza**.)* – Herr Abgeordneter Koza, bitte schön.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Sehr geehrter Herr Dr. Neugebauer, eine Frage: Aus dem Interne-Revisions-Bericht geht hervor, dass das Kabinett Kickl ein Fahrzeug exklusiv für den Herrn Kabinettschef verlangte. Ist es üblich, dass der Kabinettschef ein eigenes Dienstauto hat – also Ihrer Wahrnehmung nach natürlich?

Dr. Michael Neugebauer: Ich kann nur über die Fakten berichten, die diesbezüglich im Revisionsbericht stehen. Meines Wissens sind zwei Fälle bekannt – einmal betreffend Herrn Kabinettschef Teufel und einmal Generalsekretär Goldgruber –, bei denen dieser Fall aufgetreten ist und wo angeblich, anscheinend die exklusive Nutzung eines Dienstfahrzeuges verlangt wurde.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Sind Ihnen entsprechend exklusive Nutzungen von Dienstfahrzeugen für Kabinettschefs aus Vorperioden, vorherigen Regierungsperioden bekannt?

Dr. Michael Neugebauer: Nein.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Ja, dann hätte ich noch eine Frage. Aus den Unterlagen geht hervor, dass Herr Kabinettschef Teufel insgesamt 95 294 Kilometer zurückgelegt hat. Das sind immerhin zwei Weltumrundungen in eineinhalb Jahren. Haben Sie Wahrnehmungen oder gibt es irgendwelche Wahrnehmungen, für welche Zwecke der Herr Kabinettschef denn diesen Dienstwagen genutzt hat? (*Abg. **Spalt** hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Spalt.

Abgeordneter Thomas Spalt (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich stelle nur die Frage, in welchem Zusammenhang diese Frage zum Untersuchungsgegenstand bitte stehen soll.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 32

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Zur Geschäftsordnung:

Das ist relativ klar feststellbar. Es geht um die Bevorzugung von freiheitlichen Mitarbeiter:innen, FPÖ-Mitarbeiter:innen im Innenministerium durch öffentliche Mittel und Zurverfügungstellung von beispielsweise Fahrzeugen. Das ist also, glaube ich, durchaus gedeckt. (Vorsitzender-Stellvertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ich kann der Verfahrensrichterin das Wort dazu geben.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich würde es eher unter das Beweisthema 4 einordnen: ob mit der Leitung betraute Personen aus sachfremden Motiven der Republik Kosten verursacht haben.

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Das Entscheidende für mich ist die Frage, ob eine Dienstfahrt im entsprechenden dienstlichen Interesse stattgefunden hat, und das weiß ich nicht. Das gibt der Revisionsbericht nicht her, und das war auch - - Diese Frage war auch nicht vom Prüfauftrag umfasst.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Was mich nach wie vor nicht ganz in Ruhe lässt, ist die Sache mit der elektronischen Zeiterfassung und dem Sicherheitsaspekt. Ich möchte aus dem Interne-Revisions-Bericht zitieren: „Es wird festgestellt, dass aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht erkennbar war, unter Zugrundelegung welcher Aspekte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet wurden, die Dienstzeit elektronisch zu erfassen und zu dokumentieren.“

Damit gehe ich davon aus, dass eine elektronische Zeiterfassung an sich möglich gewesen wäre, ja, dass es aber offensichtlich nicht erkennbar ist, unter welcher Zugrundelegung die Mitarbeiter:innen verpflichtet wurden oder nicht. Hätten Sie eine Wahrnehmung dazu, wie es möglich ist, dass es 15 Monate lang keine elektronische Zeiterfassung gibt wie von einem Mitarbeiter des Kabinetts Kickl? Würden Sie meinen, das könnte unter einen Sicherheitsaspekt fallen?



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 33

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmungen und bitte um Verständnis: Ich interpretiere den Bericht nicht. Die Zahlen stehen für sich. Vielleicht kann ich eine ergänzende Bemerkung machen: Das Thema und der Ursprung und der Auftrag für diesen Bericht war ein anderer, als er diesem Untersuchungsausschuss zugrunde liegt. (*Abg. Ries hebt die Hand.*)

Ich habe Verständnis, wenn man die eine oder andere Zahl oder die eine oder andere Größe dafür verwendet, um weitere Fragen zu stellen, aber die waren nicht prüfauftragsgegenständlich und daher für uns irrelevant.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Herr Abgeordnete Ries hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. (*Abg. Ries schüttelt den Kopf.*) – Das hat sich wieder erledigt. Gut, danke.

Damit bitte ich Herrn Abgeordneten Koza um Fortführung.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Dann eine letzte Frage: Laut „Kurier“ – und da bitte ich jetzt um die Beilage 5 – soll es im Ministerium eine Leibgarde gegeben haben, die von Kickl installiert wurde, die gezielt für die Bewachung von FPÖ-Ministern und -Ministerinnen eingesetzt wurde und die offensichtlich auch Überstunden dafür verrechnet hat. Haben Sie dazu eine Wahrnehmung? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück*)

Dr. Michael Neugebauer: Keine Wahrnehmung.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dann bedanke ich mich bei Herrn Abgeordneten Koza, und wir kommen zu Herrn Abgeordneten Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich würde das noch einmal kurz erläutern, was ich davor angesprochen habe. Dieser Klaus-Dieter Fritsche – auch für die Journalistinnen und Journalisten –, war ein Wirecard-Lobbyist mit den besten Kontakten zu Jan Marsalek, und der wurde jetzt scheinbar 2018/2019 für über 80 000 Euro mit der Erstellung einer Strategie zur Weiterentwicklung der Staatsschutzbehörden beauftragt.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 34

Jetzt frage ich anders: Sie haben gesagt, Sie haben keine Wahrnehmungen dazu. Wenn solche Verträge über so ein Volumen abgeschlossen werden, landet das normalerweise bei Ihnen oder kann es sein, dass Sie da auch grundsätzlich keine Wahrnehmungen dazu haben, weil es ein Mitarbeiter von Ihnen bearbeitet, ohne dass es je bei Ihnen landet?

Dr. Michael Neugebauer: Das habe ich vorher schon so beantwortet. (*Abg. Spalt hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Spalt.

Abgeordneter Thomas Spalt (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte nur festhalten: Herr Fritsche ist kein Wirecard-Lobbyist, sondern ehemaliger CDU-Staatssekretär. – Danke.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Er ist CSU-Staatssekretär und Wirecard-Lobbyist, richtig, ja.

Ja, Dr. Neugebauer, nicht ganz. Sie haben gesagt, Sie haben keine Wahrnehmungen zu diesem Honorar. Wir haben übrigens in der Zwischenzeit – das ist ein sehr langes Dokument - - Aber weil Sie gefragt haben: Es gibt einen Elak dazu, aber meine Frage war: Landen solche Verträge in solcher Höhe dann normalerweise immer bei Ihnen? Wenn so etwas zur Internen Revision kommt, landet so etwas dann normalerweise auf Ihrem Schreibtisch, oder kann es sein, dass Verträge in so einem Umfang bei der Internen Revision landen, Sie aber keine Wahrnehmungen dazu haben?

Dr. Michael Neugebauer: Das kann sein, wenn ich nicht da bin. Dann gibt es eine Stellvertretungsregelung, und dann wird das über meinen Stellvertreter bearbeitet. Das kann sein. Also grundsätzlich, wie gesagt: Seit August 2018 ist uns jeder Vergabeakt



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 35

vorzuschreiben. Ich kann keine Schätzung abgeben, weil wir es ja auch schwer untersuchen können, aber uns werden zahlreiche Akte nicht vorgeschrieben.

Darf ich nur fragen – der Elak –: Sind wir da im Elak-Prozess vorgeschrieben worden?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wir suchen es gerade heraus. Ich bitte um Verständnis, es ist ein sehr, sehr langes Dokument.

Dann würde ich gern zu einem anderen Thema kommen, nämlich zu einem Beratervertrag für Herrn Lepuschitz – Vorlage 7, Seite 103 und Seite 104. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Nur damit ich es richtig verstehe: Handelt es sich bei dem jetzt um eine von Ihnen so genannte Einsichtsbemerkung? *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

Dr. Michael Neugebauer: Das ist korrekt, das ist eine Einsichtsbemerkung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich will es gar nicht grundsätzlich infrage stellen, aber es ist ja bekannt, dass Herr Lepuschitz ein FPÖ-naher Berater oder ein FPÖ-Berater ist, der hier beauftragt wurde, und Sie schreiben in dieser Einsichtsbemerkung, also in Ihrer Notiz dazu: „Es fehlt eine inhaltliche Dokumentation der ‚Marktanalyse‘ auf deren Grundlage [...] Heimo Lepuschitz als geeigneter Bieter identifiziert wurde.“

Könnten Sie erläutern, was man darunter verstehen kann? *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

Dr. Michael Neugebauer: Bei welchem Absatz sind Sie, sehr geschätzter Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Seite 103, der dritte Absatz, unter dem Unterstrichenen. Geht dann auf der nächsten Seite weiter. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

Dr. Michael Neugebauer: Kann man vielleicht ganz kurz im Elak-Prozess eruieren, wer die abgezeichnet oder geschrieben hat? Gibt es dazu - - Ansonsten in allgemeiner Hinsicht: Bei der Marktrecherche oder einer fehlenden Marktrecherche geht es um die Frage, wie ich zur



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 36

Schätzung des Auftragswertes komme. Das ist für die korrekte Abwicklung und Einleitung des Vergabeverfahrens von essenzieller Wichtigkeit, weil nur der Auftragswert mir die entsprechende Richtung vorgibt. Wenn ich - -

Das ist wieder so ein Dokumentationsthema. Eine Marktrecherche oder eine Marktbeobachtung kann in Relation zum beschafften Gegenstand auch in einer Internetrecherche bestehen. Bei Beraterverträgen, würde ich meinen, gehört das nachvollziehbar und transparent dokumentiert, und das war hier offensichtlich nicht der Fall. Aber nageln Sie mich bitte nicht fest, ich kenne den grundlegenden Akt nicht. Ich bin mir auch ziemlich sicher, dass ich das nicht verfasst habe, aber inhaltlich ist das korrekt; also inhaltlich wird es korrekt sein, wenn der Akt entsprechend eine Darstellung der Marktrecherche hat vermissen lassen. Also das ist schon - - Das ist korrekt, das wird sicher stimmen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gleiches Dokument, Seite 2: Da steht: „vor Hinterlegung“ „Neugebauer, Michael“. Wie ist das zu verstehen? (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.*)

Dr. Michael Neugebauer: Das ist so zu verstehen, dass der Akt über meinen Schreibtisch gewandert ist, ich den Akt Kollegen A.¹ zur Bearbeitung zugewiesen habe und mein Stellvertreter, W. G.², dann die Einsichtsbemerkung abgezeichnet hat.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das heißt, bei diesem Beratervertrag für den FPÖ-Berater wurde keine Marktrecherche vorgenommen, und auf Seite 104 steht auch, dass eine inhaltliche Dokumentation der Marktrecherche fehlt, auf deren Grundlage der Preis der erbrachten Leistungen als angemessen bewertet wurde. Kommt es häufig vor, dass Sie so eine Einsichtsbemerkung machen müssen, oder ist das eher untypisch?

Dr. Michael Neugebauer: Das ist eine Einschätzung. Wir werten für Revisionszwecke die vorgeschriebenen Akten im Verhältnis zu den Feststellungen, die wir im Rahmen einer Einsichtsbemerkung treffen, aus. Es sind die vier Punkte an Mängeln, die ich eingangs auf die

¹ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.

² Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 37

Frage der Frau Verfahrensrichterin erwähnt habe, die, die auch in einer bestimmten Zahl und Häufung immer wiederkommen. *(Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.)* Ich habe jetzt leider - - Wir können Ihnen diese Statistik gerne zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Herr Dr. Neugebauer, ich meine eigentlich ganz grundsätzlich: Ist es normal, dass bei einem Beratervertrag - - Kommt es häufig vor, dass bei einem Beratervertrag in dieser Höhe keine Vergleichsangebote eingeholt werden, keine Marktrecherche gemacht wird?

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Also ich - - Wie gesagt, Einsichtsbemerkungen erfolgen aufgrund einer oberflächlichen Prüfung. Hier hat sich jemand den zugrundeliegenden Beratervertrag angesehen, ist zum Schluss gekommen, dass eine Marktrecherche fehlt. Darüber hinausgehend kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Der Vertrag mit Herrn Lepuschitz wurde im Februar 2018 abgeschlossen, über 102 000 Euro, und dann im April 2018, also wenige Monate danach, gekündigt. Haben Sie Wahrnehmungen dazu, warum das der Fall ist?

Dr. Michael Neugebauer: Habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut, dann nehme ich die verbleibende Zeit mit. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit kommen wir zur ÖVP. – Herr Abgeordneter Zarits, bitte.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Ja, danke, Herr Dr. Neugebauer für die Beantwortungen. Ich möchte beim selben Themenkomplex bleiben wie Herr Abgeordneter Shetty: beim Vertrag mit Herrn Heimo Lepuschitz um 95 000 Euro. Ich möchte zu den Ausführungen von Kollegen Shetty ergänzen, dass es schon dementsprechend ein Verfahren gegeben hat, das eingestellt wurde, und dann eben Herr Lepuschitz zum Zug gekommen ist. Das Dokument mit der Nummer 328, Ordnungsnummer 4, wurde ja von Kollegen Shetty bereits vorgelegt.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 38

Fakt ist, wenn man das auf den Punkt bringt und kurz darstellt, dass es keine sachliche Grundlage gegeben hat, warum Herr Lepuschitz beauftragt wurde und ob er überhaupt befähigt war, und ob der Preis angemessen gewesen ist, wenn man das kurz so zusammenfassen kann.

Ich möchte aber noch ein anderes Dokument aufrufen: die Dokumentennummer 297 mit der Ordnungsnummer 5. Ich würde Sie bitten, auf die Seite 255 zu sehen. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Hier geht es um ein E-Mail vom 24.2. vom Leiter der Abteilung Sicherheitspolitik an die Rechtssektion. Ich darf das Mail kurz vorlesen:

„Mit Telefonat beauftragte mich gestern Helgo Eberwein mit der Vorbereitung eines Vertrags zur strategischen Kommunikationsberatung nach dem Muster Rahmenvertrag GPK aus dem Jahr 2015 [...].

Als Eckpunkte des Vertrags teilte er mir Folgendes mit:

- Start 1. März 2018
- Vertragssumme € 95.000.-“

Jetzt meine Frage: Kennen Sie dieses Mail oder sehen Sie es zum ersten Mal oder ob Sie es aus der Prüfung kennen?

Dr. Michael Neugebauer: Ich sehe das zum ersten Mal. Möchte aber kurz schauen, ob mir das via Mail zug- - Nein, ich stehe auch nicht am Verteiler. Also das sagt mir nichts.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Meine Frage dazu: Ist es üblich beziehungsweise Usus, dass es Direktvergaben aus dem Kabinett gibt, wenn es um solche Summen von 95 000 Euro geht?

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Gut.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 39

Dann darf ich Sie bitten, auf die Seite 121 zu schauen oder zu blicken. Es ist eine E-Mail vom 27.2.2018 von Helgo Eberwein, sprich dem Büroleiter des Chefs, an Heimo Lepuschitz.

(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)

Ich darf das Mail zitieren:

„Anbei übermittle ich Ihnen wie telefonisch besprochen Unterlagen für einen Beratervertrag mit dem BM.I.

Ihrerseits ist die Eigenerklärung auszufüllen und ein Angebot, welches sich am Entwurf des Beratervertrages orientieren möge, zu stellen.“

Jetzt wollte ich fragen, ob es üblich ist, einem Auftragnehmer vorab einen Vertragsentwurf zu schicken und ihn um ein dazu passendes Angebot zu bitten.

Dr. Michael Neugebauer: Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Ich kann auch zu einem E-Mailverkehr, in den ich nicht eingebunden bin und war, - - was sagen. Es tut mir leid. Ich bin - - Der sagt mir null.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Gut, danke.

Dann nehme ich die übrige Zeit in die dritte Runde mit.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke schön.

Damit sind wir in der dritten Runde angelangt. – Herr Abgeordneter Einwallner.

Abgeordneter Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ): Ich möchte mich eingangs für die Beantwortung der Fragen bedanken, Herr Dr. Neugebauer, und noch einmal ganz kurz zusammenfassen:

Wenn man diesen Revisionsbericht anschaut, über den wir jetzt so intensiv gesprochen haben, der die Kosten der Kabinette aufgeschlüsselt hat, dann sieht man, glaube ich, ganz



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 40

deutlich, wenn man sich den Vergleich anschaut, dass das Kabinett Kickl deutlich kostenintensiver war als andere vergleichende Kabinette. Das ist das eine.

Das Zweite, ein ganz wesentlicher Punkt, den Sie kritisiert haben im Revisionsbericht, war die mangelhafte Zeiterfassung und die mangelhafte elektronische Erfassung von Mehrdienstleistungen, die in diesem Bericht bemängelt wurde.

Und es ist offenbar so, wenn ich es richtig interpretiert habe, dass das ein Mangel ist, der nach wie vor vorhanden ist, dass nach wie vor, auch in der Gegenwart, nicht elektronisch erfasst wird und eigentlich dieser Mangel noch besteht, der aus meiner Sicht raschest behoben werden sollte. – Danke schön, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank auch für keine Frage.

Dann: Herr Abgeordneter Spalt. (*Abg. **Spalt** weist auf Abg. Ries.*) – Entschuldigung, Herr Abgeordneter Ries.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ich halte abschließend fest: Ich bedanke mich für den Revisionsbericht, denn da wurden folgende Fakten für uns klar aufgezeigt: Es hat einen Vergleich zwischen den Kabinetten Mikl-Leitner, Sobotka und Kickl gegeben. Die wurden gegenübergestellt. Sie haben uns mitgeteilt, dass bei der ersten Beauskunftung der Kopfzahl des Kabinetts des Herrn Kickl sieben Fahrer und zwei karenzierte Personen gefehlt haben, dann sind Sie auf 37 Personen gekommen. Ich stelle fest, dass aktuell im Kabinett des jetzigen Bundesministers laut Homepage des BMI 28 Personen festgestellt oder aufgezeichnet sind. Da ist noch kein Fahrer dabei und es sind keine Karenzierten dabei. Wir wissen also nicht, wie hoch die Kopfanzahl im Kabinett zurzeit wirklich ist. Ich sehe hier keinen Unterschied.

Was uns aufgefallen ist, ist, dass die Personalgehälter zwischen 2014 und 2019 aufgezeichnet wurden, aber der Gehaltsanstieg ist da nicht eingepreist. Daher musste es gezwungenermaßen zumindest zu 10-prozentigen Steigerungen gekommen sein. Deswegen hinkt für uns der Vergleich da ein bisschen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 41

Auffallend ist für uns in dem Bericht, dass die Gehälter bei der Staatssekretärin Edtstadler damals relativ hoch waren. Wenn man die jährlichen Budgetaufwendungen durch die Kopfzahl dividiert, kommt man pro Kopf auf 8 000 Euro mehr pro Staatssekretariatsmitglied.

Dann haben wir noch festgestellt, nämlich der Kollege Einwallner, dass es unter Kickl keine elektronische Zeiterfassung gab. Die gab es auch vorher nicht und die gibt es jetzt nicht.

Weiters haben wir festgestellt, dass Sie gesagt haben, unter Minister Kickl ist ein Vorschlag des Rechnungshofes wahrgenommen worden, dass auch bei einer Beschaffungssumme von unter 48 000 Euro das durch die Interne Revision gehen muss. Das ist für uns mehr Transparenz und nicht weniger.

Abschließend halte ich fest, dass hier Kollege Shetty mehrmals falsch argumentiert hat, indem er gesagt hat, es gab Termine zwischen dem Wirecard-Lobbyisten Fritsche und dem BMI.

Ich stelle Folgendes fest. Klaus-Dieter Fritsche war Verwaltungsjurist und von 1996 bis 2005 Vizepräsident des Verfassungsschutzes in Deutschland. Ab 2014 war er Staatssekretär im Bundeskanzleramt und in dieser Eigenschaft Beauftragter für den Bundesnachrichtendienst. Das ist der Grund, warum Fritsche als Berater beigezogen wurde. Mit Wirecard hat das rein gar nichts zu tun.

Und zur Information, falls Sie es nicht wissen: Fritsche sagt selber, die ersten Kontakte zu Wirecard hatte er ab August 2019, also weit später. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Das war auch eine Zusammenfassung.

Nun: Frau Abgeordnete Disoski.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Den Ball, den der FPÖ-Kollege gerade aufgeschlagen hat, nehme ich gerne auf. Das Stichwort war: hohe Gehälter.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 42

Ich darf dazu einen „Kurier“-Artikel vom 14.6.2018 vorlegen, Beilage 6 ist das, wo der „Kurier“ festhält, dass Udo Lett und E. E.³ zwei Vertraute von Generalsekretär Peter Goldgruber gewesen seien. Die haben sich schon sehr lange gekannt und haben schon in früheren Zeiten bei der Wiener Polizei zusammengearbeitet.

Ein anderer Artikel vom „Kurier“ mit dem Titel: „Auf dem Weg in die ‚blaue‘ Polizei“, das wäre Beilage 4, zeichnet hier noch einmal nach, dass sich Generalsekretär Goldgruber Vertraute in sein Kabinett geholt hat, namentlich wieder Udo Lett und E. E..

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen betreffend dieser beiden Personen?

Dr. Michael Neugebauer: In welcher Hinsicht?

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): In allgemeiner Hinsicht, dass sie Ihnen über Berichte IR untergekommen wären auf die eine oder andere Art.

Dr. Michael Neugebauer: Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Dann haben Sie vielleicht eine, wenn ich Ihnen ein paar Zahlen vorlege. Sowohl aus den Daten der IR - -

Ich darf dazu das Dokument 70091, Seite 69, vorlegen, und mache kurz eine Pause, damit Sie lesen können. (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.*)

Ich glaube, Sie haben es jetzt vor sich liegen. Aus diesem Dokument geht hervor, dass E. E. im Dezember 2017 in 14 Tagen 13 399 Euro brutto inklusive Mehrdienstleistungen verdient hat. Das sind für 2017 fast 1 000 Euro brutto pro Tag.

Haben Sie, als Leiter der Internen Revision für diesen exorbitant hohen Lohn eine Erklärung? – Verzeihung, es gibt eine Verwirrung. Das war ein Fehler von mir, den ich korrigiere: Es ist Seite 86 nicht 69. Ich bitte um Entschuldigung.

³ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen. Der Klarnamen wird im gesamten Befragungsprotokoll mit E. E. anonymisiert.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 43

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit ist die Fragezeit jetzt beendet.

Dr. Michael Neugebauer: Ich bitte um Verständnis, dass ich die Zahlen nicht weiter interpretieren kann. Die Validierung war der Auftrag und nicht die Interpretation.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dann vielen Dank der Auskunftsperson.

Wir kommen für die Schlussrunde nun zu Herrn Abgeordneten Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Vielleicht zum Kollegen Ries noch: Ich finde, das ist eine ein bisschen eigenartige Diskussion, denn das kann mit einer sehr einfachen Google-Recherche finden: Wenn man in Google die beiden Suchbegriffe Klaus-Dieter Fritsche und Wirecard kombiniert, kann man sehr viele Artikel dazu finden, dass Herr Fritsche nicht nur Lobbyist für Wirecard war, sondern in dieser Funktion auch vor den deutschen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geladen war und heftig in der Kritik stand. Wir werden das aber eh noch mit Herrn Goldgruber thematisieren. (*Abg. Ries: Den Zeitpunkt haben Sie nicht genannt!*)

Ich hätte noch eine Frage an die Auskunftsperson: Haben Sie Wahrnehmungen zu Inseratenschaltungen in den rechten bis rechtsextremen Zeitschriften „Wochenblick“ und „Alles roger?“ in der Zeit von Bundesminister Kickl?

Dr. Michael Neugebauer: Sofern es im Revisionsbericht Beschaffungen im Bereich Meinungsforschungsstudien, Medienkooperation enthalten ist, ja; darüber hinaus gehend nicht. Ich schau gern nach. (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.*) „Wochenblick“?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): „Wochenblick“ und „Alles Roger?“.

Dr. Michael Neugebauer: Wir haben hier in meinem Revisionsbericht auf der letzten Seite: „Schaltungen in der Zeitung ‚Wochenblick‘ sowie auf ‚wochenblick.at‘ zum Thema Polizeiaufnahmen von 07.06. bis 12.07.2018“ – Das steht unter dem „Anhang: Medienkooperationen, welche keinen Anlass für eine Bemerkung gaben“. (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.*)



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 44

Ja, zu „Alles roger?“ ist eine Schaltung vom 18.4.2018 unter 2.6 notiert. Kritikpunkte waren der „Auftragswert < 48 000, –“. Ah, okay, das war nur eine Anmerkung von der Prüfteamleiterin. Und: „Die herangezogene Begründung für ein Absehen vom Wettbewerb war nicht zutreffend.“ – Das ist meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Was war der letzte Satz, Entschuldigung?

Dr. Michael Neugebauer: „Die herangezogene Begründung für ein Absehen vom Wettbewerb war nicht zutreffend.“

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das bedeutet auf Deutsch: Es war nicht nachvollziehbar, warum das „Alles roger?“ gegeben wurde, wieder ohne eine Marktrecherche zu machen, oder?

Dr. Michael Neugebauer: Das kann das heißen. Ich kann da wie gesagt nur eine Vermutung anstellen. Aber im Zusammenhang mit Medienkooperationen wurde sehr oft auf einen falschen Ausnahmetatbestand reflektiert. Da hat man sehr oft die mangelnde Vertretbarkeit des wirtschaftlichen Wettbewerbs und nicht den fehlenden Wettbewerb herangezogen.

Das heißt, es ist dadurch jetzt niemandem ein Schaden entstanden. Es war nur die falsche Rechtsnorm, auf die man sich da berufen hat. Ich nehme an, das fällt unter diesen Kritikpunkt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Aber ist das bei keiner Stelle, insbesondere nicht bei der Internen Revision, auch einer inhaltlichen Prüfung unterzogen? Mit inhaltlich meine ich, ob so ein Inserat überhaupt einen Gegenwert für die öffentliche Hand und für den Steuerzahler oder die Steuerzahlerin hat, wenn man in einem rechten Fakenewsmedium wie „Wochenblick“ für Polizeischüler inseriert. Wird das dahin gehend gar nicht überprüft?

Dr. Michael Neugebauer: Sie meinen jetzt die Qualität und inhaltliche Ausrichtung des Mediums?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Na ob das irgendwas ist oder eines der - - Da gibt es ein großes Spektrum an Medien in Österreich. Ob das sozusagen ein Medium ist, wo



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 45

die Öffentlichkeit einen Mehrwert davon hat. Oder vielleicht ist es auch gar nicht Ihre Aufgabe.

Dr. Michael Neugebauer: Die Frage ist, wie man definiert, was einen Mehrwert hat. Solange dieses Medium nicht gegen Rechtsvorschriften verstößt, ist das kein Prüf- - Also da gibt es keinen Prüfmaßstab, der darüber hinaus geht. Das wird geprüft nach den vergaberechtlichen Vorschriften. Dazu ist mir also nichts bekannt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Es waren in den Medien ja natürlich schon Extrembeispiele wie die Werbung im ÖVP-Seniorenbund-Magazin für das Bundesheer. Da gibt es also schon Beispiele, wo das auf der Hand liegt. Belassen wir es aber dabei. Vielen Dank für Ihre Auskunft.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke schön! Damit komme ich zur Fragestellung der ÖVP. – Herr Abgeordneter Zarits.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Ja, ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Auskunft heute bedanken. Ich möchte nur noch ganz kurz auf das Thema Lepuschitz zu sprechen kommen.

Es war ja so, dass es da ein Bieterverfahren gegeben hat, wo es zwei Bewerber gegeben hat. Dann wurde sozusagen das Bieterverfahren eingestellt, man versuchte, eine interne Lösung zu suchen. Auf einmal kommt Lepuschitz ins Spiel, und mit höchstem zeitlichen Druck wird innerhalb von vier Tagen dann ein Vertrag aufgesetzt, ohne irgendein Bieterverfahren, sondern mit dem Kabinett, für 12 Monate um 10 200 Euro brutto. Nach nicht einmal einem Monat wird der Vertrag einvernehmlich aufgelöst wegen Wegfall des Bedarfs.

Das ist für mich schon sehr, sehr komisch, aber ich hab die Lösung schon gefunden: weil es sozusagen nur eine Zwischenfinanzierung war, weil Herr Lepuschitz im April dann bei Ing. Norbert Hofer im Infrastrukturministerium zu arbeiten angefangen hat.

Danke für Ihre Auskunft!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 13. März 2024/Befragung – 4. Sitzung / 46

Damit sind wir am Ende der Fragestellung durch die Abgeordneten. Wir haben noch eine Restbefragungsdauer. Daher möchte ich die Verfahrensrichterin fragen, ob sie noch eine abschließende Fragerunde hat.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Nein, danke schön!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke schön. Damit darf ich mich ganz herzlich bei Herrn *Dr. Michael Neugebauer* für sein Kommen bedanken.
